

Haushaltsrede

zum Kommunalen Haushalt der Burggemeinde Brügglen

2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister
Sehr geehrte Ratskolleginnen, sehr geehrte Ratskollegen
Sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung

1. Wohl noch nie seit Einführung des NKF vor nunmehr 15 Jahren ist es so schwierig, einem vorliegenden Haushaltsentwurf gerecht zu werden, wie diesem.

Umso bedauerlicher, dass es dem Kämmerer untersagt war, die Fraktionen besuchen und den Haushaltsentwurf erläutern zu dürfen. Gerade in Zeiten, wie wir sie jetzt erleben, ist ein transparenter Haushalt das A und O. Fragen ggf. schriftlich einreichen zu können, ersetzen keinen Dialog!

Als Beispiel mögen die „Personalaufwendungen“ dienen. In den Buchungsposten „Pensionsrückstellungen für Beamte“ und „Beihilferückstellungen für Beschäftigte“ fehlten insgesamt 500.000 Euro. Auf Nachfrage wurde mitgeteilt, dass die Mittelanforderungen aus der Fachabteilung nicht vorgelegen hätten. Damit nicht genug: Die „Beihilferückstellungen für Beschäftigte“ weisen nun nur 100.000 Euro aus. Gemäß zweiter Änderungsliste müssten es 150.000 Euro sein. Noch in der Ausschusssitzung letzte Woche, haben wir darauf aufmerksam gemacht und einen Schreibfehler vermutet. Klarstellung oder Korrektur: Fehlanzeige! (*Anm.: Das Wort „Fehlanzeige“ habe ich noch in der Rede gebeten, zu streichen. Begründung: 5 Minuten vor Sitzungsbeginn wurde mir vom Vertreter des Kämmerers eine Klarstellung schriftlich übergeben, auf dem der Verbleib der 50.000 Euro dargelegt wird*)

2. Die Kommunikation der Verwaltung mit dem Rat macht nachdenklich. Um das zu verstehen, muss man sich die Chronologie dieses Haushaltsentwurfs noch einmal vor Augen führen. Im November veröffentlicht, sollte er noch im Dezember verabschiedet werden, um dann im Januar und noch vor einer Woche im Februar geändert zu werden, bis während der Ausschusssitzung, eine Woche vor der heutigen Ratssitzung, der Kämmerer empfahl, die Ertrags erwartetung bei den Gewerbesteuern um eine Million nach oben zu setzen. Das geht natürlich, wenn man aufgrund bestehender Indikatoren die Gewerbesteuerentnahmen so positiv bewerten kann. Gleichzeitig aber die Abschreibungsintensität um 12% zu senken, ist betriebswirtschaftlich zumindest Hinterfragens würdig. Sie bedeutet, auf Zeit ein Mehr an Betriebskosten für Pflege und Instandsetzung. Wem ist damit gedient? Jeder, der ein altes Auto fährt oder in einem alten Haus wohnt, weiß, wovon wir sprechen. Unser Hallenbad ist ebenfalls ein beredtes Beispiel.

Die Art und Weise wie das alles kommuniziert wurde und wie im Ausschuss eine Entscheidung zu einer signifikanten Änderung des Haushalts sofort herbeigeführt wurde, kann man nur mit befremdlich umschreiben. Es gibt bessere

Möglichkeiten der Kommunikation und es wäre auch nicht die erste kurzfristig einberufene Sondersitzung!

Man stelle sich nur vor, der Gemeinderat hätte noch im Dezember, wie angedacht, über den ganz offensichtlich mit „heißer Nadel gestrickten“ ersten Entwurf abgestimmt. Er wäre nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben wurde!

Bleibt zu hoffen, dass im nächsten Jahr eine Regelung getroffen wird, die dann eine unmittelbare Kontaktaufnahme wieder möglich macht.

3. Warum ist der Haushaltsentwurf 2023 so fordernd?
 - Zum einen liegt es an den schwer einzuschätzenden Rahmenbedingungen. Corona und der schreckliche Ukrainekrieg haben zu Kostensteigerungen bei Energie und Inflation sowie zu einem Zinsanstieg auf dem Geldmarkt geführt. Kredite, die wir dringend für notwendige Investitionen brauchen, werden teurer.
 - In den nächsten HH-Jahren bis 2026 wird sich zeigen, ob die Gemeinde in die Haushaltssicherung gerät oder wir auch danach noch eigenen Gestaltungswillen umsetzen können. Dabei ist es unerheblich, ob wir den Haushalt 2023 zu retten versuchen, indem wir Steuererlöse hoch- und Abschreibungen herunterrechnen.
 - Mit welchem Erfolg wir 2022 abschließen, wird sich zeigen. Den Erlösen für veräußerte Grundstücke kommt besondere Bedeutung zu. Die Gemeinde braucht diese Einmaleffekte dringend, um einen Haushaltsabschluss präsentieren zu können, der nicht die Folgejahre belastet.
4. Die Gewerbesteuer scheint sich zu einer sprudelnden Einnahmequelle entwickelt zu haben. Für 2023 werden 8,5 Mio. Euro erwartet. Aber es muss hinterfragt werden, warum die Gewerbesteuer sich so positiv entwickelt hat. Zu vermuten ist, dass es sich zumindest in Teilen um Steuernachzahlungen aus den Coronajahren handelt. Dann hätten wir es allerdings ebenfalls mit einem Einmaleffekt zu tun.

Gemäß gesetzlicher Grundlage wurden u. a. befürchtete wegbrechende Gewerbesteuererinnahmen als „Außerordentliche Erträge“ isoliert. Nun scheint es so, dass unsere Gewerbetreibenden weitaus besser die Einschränkungen der Coronazeit überstanden haben, als wir es zu Beginn vermuteten. Die Nettosteuerquote lag einschließlich des Jahres 2021 über dem Durchschnitt vergleichbarer Kommunen. 2022 soll ebenfalls mit einem neuen Rekordergebnis abschließen. Jeder kann die Forderung, die Mehreinnahmen zu nutzen, um die „Außerordentlichen Erträge“ mit einem Schlag abzulösen, nachvollziehen. Dem Ziel, Generationengerechtigkeit herzustellen, würde diese Handlungsweise entsprechen.

Aber kann sich das die Burggemeinde unter strategischer Betrachtung ihrer Finanzlage überhaupt leisten? Jedes Mehr an Steuereinnahmen führt zeitverzögert zu einem Mehr an Kreisumlage und zu einem Minus an Schlüsselzuweisungen.
5. Das vor uns liegende Haushaltsjahr muss im Kontext mit den vorausgegangenen Haushaltsjahren gesehen und die prognostizierte mittelfristige

Finanzplanung für die Jahre 2024 bis 2026 berücksichtigt werden. Wer nur 2023 betrachtet, springt zu kurz und wer sich die Entwicklung seit der Eröffnungsbilanz (EöB) 2009 über das NKF- Kennzahlenset anschaut, wird die Gesamtsituation schlichtweg besorgniserregend nennen:

- Die Personalintensität ist hoch und steigt weiter.
 - Die Sach- und Dienstleistungsintensität nimmt im Gegenzug ab.
 - Der Anlagendeckungsgrad ist unter die kritischen 100% gerutscht.
 - Die Liquidität hat rapide abgenommen.
 - Die Grafik der kurzfristigen Verbindlichkeiten wiederum zeigt nach oben.
 - Die Zinslastquote ebenfalls.
 - Die Infrastrukturquote hingegen ist im Sinkflug.
 - Die Abschreibungsintensität auch und sie wird zusätzlich um 300.000 Euro abnehmen.
 - Investitionen leisten wir uns zunehmend über die Drittfinanzierung. Würden wir diese Möglichkeit nicht so intensiv nutzen, wäre die Burggemeinde schon heute nicht mehr in der Lage, Investitionen zu tätigen. Lag die Kennzahl 2009 noch bei 24%, ist sie in 2021 schon bei nahe 70! Die entscheidende Frage aber bleibt: Wie lange wird die Burggemeinde noch in der Lage sein, den geforderten Eigenanteil aufbringen zu können?
 - Für 2023 sind für die Rückzahlung von Krediten ca. 1,3 Mio. Euro eingeplant. Im nächsten Jahr sollen es 1,6 Mio. Euro sein und in 2025 werden wir voraussichtlich die 2 Mio. reißen.
 - Die insgesamt prekäre gesamtwirtschaftliche Lage der Gemeinde spiegelt sich in der Eigenkapitalentwicklung wider. Das EK sinkt stetig. Greifen die Prognosen der Verwaltung, werden wir von einst 65,5 Mio. Euro in der EöB über zurzeit noch ca. 60 Mio. Euro auf 51 Mio. in 2025 fallen. Im Klartext: Wir müssen davon ausgehen, dass wir in 4 Jahren 15% Vermögen verlieren! Und der Trend zeigt eine weiter fallende Kurve.
 - Der Verfall des EK hat unmittelbare Auswirkungen auf die 5% Klausel, die u. a. darüber entscheidet, ob diese Gemeinde unter kommunale Aufsicht zu stellen ist. Bei einem EK von 60 Mio. Euro liegt die Messlatte bei -3 Mio. Euro. Kein Wunder, dass verzweifelt versucht wird, das Jahresdefizit so gering wie möglich zu halten. Immerhin gilt es, die „Außerordentliche Erträge“, im Blick zu behalten. Eingestellt sind ca. 1,3 Mio. Euro, die über Abschreibungen aufzulösen wären. Auch hier Klartext: Der Haushalt startet nicht mit -470.000 Euro, sondern mit -1,7 Mio.!
6. Noch in dieser Ratssitzung werden wir über das Integrierte Klimaschutzkonzept abstimmen. Der Bürgermeister hat die Entwurfsfassung unterschrieben und man sollte meinen, die Verwaltung würde sich dem Themenfeld Klimaschutz mit Priorität annehmen. Denkanstöße haben wir, nicht zuletzt aber auch andere Fraktionen, zur Genüge gegeben: Klimaschutzsiedlungen, Quartierslösungen für Wärmeenergie oder eben Energieautarkie. Alles zukunftsweisende Projekte, die den Standort Burggemeinde attraktiver machen!

Wer sich nun die Investitionsplanung ansieht, stellt fest, dass neben absolut notwendigen Vorhaben auch sehr ehrgeizige Projekte mit Haushaltsmitteln hinterlegt sind. Nachhaltige, dem Klimawandel geschuldete Maßnahmen sucht man allerdings vergebens. Offensichtlich glaubt man, mit einem neugestalteten Kreuzherrenplatz bei der Bürgerschaft "punkten" zu können, während z. B. dasselbe Geld in die Erneuerung unserer Straßenbeleuchtung gesteckt, dem Geldsäckel der Gemeinde viel besser guttäte.

Zum Thema „Straßenbeleuchtung“: Die Umrüstung der letzten ca. 1.000 Straßenlaternen auf LED-Technologie ist angedacht. Gut so! Aber sieht so Klimaschutz mit dem ausdrücklichen Versprechen aus, sich einem 1,5°C Ziel verpflichtet zu fühlen, wenn die Zielvorgabe 2030 heißt? Bestimmt nicht!

Anzuerkennen ist, dass die Verwaltung einen Klimamanager eingestellt hat. Wir erhoffen uns, ähnlich wie bei der Fördermittelmanagerin, einen Schub und eine gesteigerte Sensibilisierung für Klima, Umwelt und Zukunft der Kommune. Ökonomie und Ökologie waren nie sich gegenseitig ausschließende Pole! Umso wichtiger jetzt, die wenigen verbliebenen Ressourcen zu bündeln und in den Klimaschutz zu stecken. Die Bürger und Bürgerinnen werden es uns danken, wenn wir in den Sommermonaten in den Ortskernen natürliche Beschattungsmöglichkeiten hätten oder sie keine Angst vor davoneilenden Energiepreisen haben müssten, weil wir ihnen den selbst hergestellten Strom als Alternative kostengünstig anbieten könnten.

7. Die Aufwendungen für Personalkosten sind mit ca. 10 Mio. Euro eingeplant. Das sind 23% der Gesamteinnahmen. Eingepreist eine Lohnerhöhung für Angestellte von 2%. Das wird nicht reichen. Die Gewerkschaft ver.di geht mit 10,5% in die Tarifverhandlungen, bzw. der Forderung nach 500 Euro pro Monat für jeden Beschäftigten. Dieser Tarifabschluss wird den Haushalt zusätzlich enorm belasten! Und da haben wir den Stellenplan, der ja ein Plus von fast 9 VZÄ für 2023 vorsieht, an dieser Stelle noch gar nicht bewertet.
8. Das maßvolle Anheben der Hebesätze bei Gewerbe- und Grundsteuer gehört in unserer Gemeinde zum „guten Ton“. Wir Grüne haben dem auch in diesem Jahr mehrheitlich zugestimmt. Aber ist es der richtige Weg? Haben sich denn nicht grundsätzlich die Ausgaben nach den Einnahmen zu richten? Jeder öffentliche oder private Haushalt, der diese „goldene Regel“ dauerhaft missachtet, erleidet „Schiffbruch“.
9. Wir haben aufgefordert, dem Rat unterjährig die Finanzsituation aufzuzeigen. Wir wollten das ermitteln der Zahlen so niederschwellig und allgemein verständlich wie eben möglich halten. So hätte man auch die Öffentlichkeit sensibilisieren und mitnehmen können auf einen langen und schmerzhaften Weg einer längst überfälligen Haushaltskonsolidierung, die nicht allein vom Rat oder der Verwaltung, sondern von beiden einvernehmlich getragen werden muss. Gerne hätten wir es gesehen, fraktionsübergreifend mit dem Kämmerer zusammen zu arbeiten. Zurzeit haben wir ein Zahlenwerk, das quartalsweise erstellt zwar umfangreich, aber genauso interpretationsbedürftig ist und die entscheidenden Fragen zu EK und FK nicht beantwortet. Also der klassische Bikini-Effekt: Viel zeigen und das Wesentliche verbergen!

Auf Nachfrage wurde uns gesagt, dass die Software EK und FK unterjährig nicht bereitstellt. Seltsam nur, dass Kommunen, die sich ebenfalls in einer

schwierigen Haushaltslage befinden, genau das über ihre Verwaltung geliefert bekommen und mindestens zur Jahresmitte einen Sachstandsbericht erhalten. Vorschlag zur Güte: Die Verwaltung erstellt mit Stichtag 30.06. eines Jahres den Sachstand und trägt ihn in Rat oder Ausschuss vor. Einen Gemeinderat über die Vermögens- und Finanzlage nicht engmaschig zu unterrichten, ist ein unverzeihlicher Fehler!

10. Liebe Ratskollegen und Kolleginnen, wir fassen zusammen:

Niemand, der für diese Gemeinde Verantwortung trägt, darf einer Haushaltsatzung zustimmen, die

- keinerlei Transparenz erkennen lässt,
- die Abschreibungsintensität weiter absenkt und so ein falsches Bild von der Vermögenslage vermittelt,
- in Teilen von Einmaleffekten lebt,
- sich offensichtlich nicht an seinen Einnahmen, sondern an seinen Ausgaben orientiert,
- die Personalkostenentwicklung nicht Worst Case einschätzt,
- keinen Konsolidierungsansatz aufzeigt,
- kein Krisenmanagement implementiert,
- keinen Klimaschutz -oder besser- klimafolgenangepasstes Vorgehen als generationenübergreifendes Handeln begreift!

Wir, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, werden diesem Haushaltsentwurf, auch wenn er angepasst wurde, unsere Zustimmung verweigern, weil er uns vielleicht mit viel Glück über das Jahr hinweghilft, aber nicht den Weg in die Zukunft weist!

Wir danken für die Aufmerksamkeit!

Brüggen, den 23.02.2023